

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

284 (21.6.1918) Abendausgabe

Badische Chronik.

Karlsruhe, 21. Juni. Die für Getreide festgesetzten Höchstpreise erhöhen sich, wenn die Ablieferung erfolgt vor dem 18. Juli um eine Druschprämie von 120 Mark für die Tonne...

Aus Baden, 21. Juni. Für Getreide, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1918 wurden die nachstehenden Höchstpreise festgesetzt. Der Preis für die Tonne Roggen darf nicht übersteigen in Mannheim 315 Mark...

Waldbrun, 20. Juni. Die Wallfahrtszeit schloß am letzten Sonntag. Es kamen mehr Pilger an, als im letzten Jahre. In den 8 Wochen der Wallfahrtszeit wurden über 26.000 Kommunionen ausgeteilt...

Freizeit bei Rehl, 21. Juni. Bei der Durchsichtung eines hiesigen landwirtschaftlichen Anwesens fand man unter Stroh verpackt 22 Pfund Sped und etwa drei Zentner Krut. Der Sped kamme von einer heimlichen Hausgeschlachtung...

Konstanz, 21. Juni. Die Schweiz soll jetzt von den für den Austausch bestimmten deutschen Offizieren und Mannschaften geräumt werden. Da die Räumung der Schweiz von insgesamt 5000 Mann noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird...

Badischer Landtag.

21. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Karlsruhe, 21. Juni. Präsident Prinz Max eröffnete um 10 Uhr 15 Minuten die Sitzung. Erz. Bewald beantragt, das Haus solle beschließen, daß jetzt noch einlaufende Petitionen nicht mehr behandelt werden sollen...

Ges. Kommerzrat Engelhard berichtete über die Petition des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg um Verdrängung der Konsumgenossenschaften in öffentlichen und rechtlichen Interessensvertretungen. Der Zentralverband will eine Vertretung der Verbraucher in den öffentlich rechtlichen Interessensvertretungen...

Der Antrag wird angenommen. Herr von Menckingen berichtet über den Antrag Muser, welcher die Bekämpfung eines Gesehtentwurfs verlangt, in welchen ein Verbot der Erziehung von Stammsängern ausgesprochen wird...

Oberbürgermeister Herzmehl berichtete über das provisorische Gesetz betreffend Naturalleistungen und den Gehaltsbezug. Das Gesetz hat das Haus schon einmal beschloßen. Dabei wurden Artikel 1 und 2 abgelehnt und der Termin für die Ausherrsetzung des Gesetzes abgelehnt...

Herr von Menckingen: Der Berichterstatter hat die Meinung des Ausschusses dargelegt; ich und einige andere Mitglieder können aber dem Antrag nicht zustimmen. In Artikel 1 wird eine überflüssige Maßnahme getroffen...

Oberbürgermeister Herzmehl berichtete über die Mitteilung des Finanzministeriums über die Einrichtung einiger weiterer Gemeinden in eine höhere Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs...

Oberbürgermeister Herzmehl berichtet ferner über die Petition des Bezirksvereins Badens im deutschen Fleischerverbande um Neuregelung der Höchstpreise für Fleisch und Wurst. Die Petenten machen geltend, daß sie bei den geltenden Preisen nicht bestehen können...

Gewerberat Bae: Der Weggerstand leidet heute sehr und kommt noch in schwieriger Lage, wenn die Fleischration noch kleiner wird.

Es sind also keine Uebertreibungen, was die Petition geltend macht; er stimme dem Antrag zu. Der Antrag wird angenommen.

Ges. Rat Dr. Glöckner berichtet über den Gesehtentwurf betr. Kriegszuschläge zu den Gebühren des Kosten- und Verwaltungsgeldverordnungs. Der Ausschuß beantragt Zustimmung zu dem Gesetz und Ueberweisung mit dem andern Haus. Der Gesehtentwurf wird einstimmig angenommen.

Ges. Rat Dr. Glöckner berichtet über den Gesehtentwurf betr. die Fürsorgeerziehung. Eine große Zahl von jungen Leuten werden durch die Zwangsverziehung gerettet. Die 2. Kammer hat dem Gesehtentwurf zugestimmt mit der Aenderung, daß die Bezirksämter zwar wie Staatsanwälte und Jugendamt zur Stellung von Anträgen auch zur Fürsorgeerziehung, aber nicht zur Stellung von Anträgen auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung berechtigt sein sollen...

Justizminister Dr. Düringer gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Gesehtentwurf im Ausschuß als entscheidender Fortschritt begrüßt worden ist. Nach kurzen Ausführungen des Präsidenten Schmittner wurde der Gesehtentwurf angenommen.

68. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 21. Juni. Präsident Kopf eröffnete um 1/10 Uhr die Sitzung.

Gesehtentwürfe.

Namens des Justizauschusses berichtete Abg. Schirmeister (Zentr.) über den Gesehtentwurf betreffend die Ergänzung des Verwaltungsgeldverordnungs. Nach dem Entwurf soll in das Gesetz im § 25 folgender Absatz eingeführt werden: „Durch Verordnung des zuständigen Ministeriums können im Benehmen mit dem Ministerium der Finanzen für befürdliche Entschädigungen, welche in der Gesetzgebung des Reiches begründet sind, weitere Taren eingeführt werden.“

Im Antrag des Ausschusses berichtete Abg. Albiech (Zentr.) über das provisorische Gesetz vom 27. November 1917 betreffend die Fürsorge für Gemeindefürsorgeämter und deren Hinterbliebenen und in Verbindung damit über die Petition der Gemeindefürsorgeämter. Die Erste Kammer hatte einige Aenderungen in dem provisorischen Gesetz vorgenommen und eine Entschloßung gefaßt, in welcher die Regierung ersucht wird, die Gesetzesvorlage über die Aenderung des Fürsorgegesetzes zu beschleunigen...

Abg. Schirmeister (Zentr.) begrüßt das Gesetz, das in den beteiligten Kreisen mit Freude aufgenommen wurde. Das Gesetz fand einstimmige Annahme. Der Entschloßung der Ersten Kammer wurde zugestimmt.

Danach berichtete Abg. Wiedemann (Zentr.) im Auftrage des Justizauschusses über den Gesehtentwurf betreffend die Erhöhung der Hängelverrechnung. Nach dem Gesetz soll eine Erhöhung um 10% (von 50 auf 60%) erfolgen. Das Gesetz soll vom 1. Januar 1919 in Kraft treten; es fand einstimmige Annahme.

Deutschfrist über wirtschaftliche Kriegsmassnahmen.

Die Beratung über den 10. Abschnitt der Regierungsdienstschrift betreffend die Lebens- und Futtermittelversorgung wurde hierauf fortgesetzt.

Abg. Mast (Zentr.) begründet die damit im Zusammenhang stehende Interpellation (unterziehen von Abgeordneten des Zentrums und der Nationalliberalen) über die Entzignung der Weizen-erträge in St. Georgen im Breisgau durch die Militärverwaltung und über die teilweise Behalten zu niederen Preisen. Staatsminister v. Bodman bemerkt in der Beantwortung der Interpellation die Militärbehörde habe in dem Fall St. Georgen aufgrund des Kriegszustandes gehandelt, zumal es für sie eine dringende Notwendigkeit war, die Weizen bei St. Georgen für das Weizenlager in Anspruch zu nehmen...

Präsident Kopf: Zu der Deutschfrist haben sich noch 15 Redner zum Wort gemeldet. Der Ausschuß der Vertrauensmänner hat nun beschlossen, um die Beratung der Deutschfrist noch heute zu Ende zu führen, daß nur noch 6 Redner sprechen sollen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. Die Abg. Spang (Ztr.) und Massa (B. V.) erheben dagegen Einspruch. Es wird beschlossen, daß vorläufig die sechs Redner sprechen sollen.

Staatsminister v. Bodman dankte dem Berichterstatter Abg. Köhler für seinen sachlichen Bericht und besprach dann eingehend die Tätigkeit und Zusammenlegung der Kommunalverbände. Diese könnten sich nicht darüber beschweren, daß sie von der Regierung zu spät angefaßt wurden. Von verschiedenen Rednern ist die Geschäftsführung der Kommunalverbände als sachlich anerkannt worden. Das hat mich getreut, denn keine Körperschaft ist z. Zt. so viel geschloßen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtet worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen annehmen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Beträge der Vermögensanmeldungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klarheit darüber, woher die Einkünfte kommen. Die nur zur Verbilligung der Lebensmittel verwendet werden dürfen, beanstandet wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erlasse diese Beschlüsse an, und werde für Weisheit sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg, über die gestern Abg. Neuhäuser Beschwerde geführt hat. Der Staatsminister wendete sich dann verschiedenen Ernährungsfragen zu und besprach dabei besonders die Fleischversorgung. Man werde daran denken müssen, nach der Ernte und bei besseren Versorgungsmöglichkeiten zur Einschränkung des Fleischverbrauchs schloße Wochen einzuteilen zu lassen. Für die Hebung des Zins- und Kupferzins müsse man getan werden. Was unsere jetzige Versorgung anbelange, so seien wir immerhin besser dastehend wie im vorigen Jahre. Wenn alle Beteiligten, Erzeuger wie Verbraucher, sich an die Vorschriften halten würden, wenn einerseits richtig abgeliefert und kein Schleichhandel getrieben würde, hätten wir genug zu essen. Leider ist die Getreidefrucht vielfach noch größer als die Einsicht, jedoch die Verordnungen und alle Beschlüsse notwendig sind im Interesse der Volksernährung. Alle Einsichtigen und alle Volksvertreter sollten hier zur Regierung stehen zur Durchführung der öffentlichen Verordnungen. Meine Ernährungspolitik ist eine Politik der armen Leute und ich verheißt deshalb nicht, daß die Sozialdemokratie hier ihr Misfallen der Regierung hat ausprechen können. Ich möchte sie bitten, mich dazu beizutragen, daß wir durchhalten können bis zu besten Zeiten. (Zustimmung.)

Abg. Morgenthaler (Ztr.) aufständlich, besaß sich mit der Viehhaltung.

Abg. Weber (Soz.) spricht sich gegen den Antrag der rechtsstehenden Vereinigung über die Erlaubnis zum Auswahlen von Weizenmehl für die Selbstverbraucher aus. Redner empfiehlt den Anbau von Weizen und regt an, die Ablieferung von Getreide anders zu organisieren und sie den Gemeinden zu übertragen. Der Pflichten für die Selbstverbraucher für die Stadt. Hühnerhalter ist viel zu hoch. Bei der Delegation müssen die badischen Interessen mehr berücksichtigt werden. Das Weizenmehl sollte man nicht verbieten.

Ges. Oberregierungsrat Dr. Schneider antwortet auf die verschiedenen im Laufe der Aussprache vorgetragenen Wünsche und Beschwerden und beleuchtet dabei besonders die Höchstpreispolitik des badischen Staates, die jederzeit auch das Interesse der Verbraucher im Auge gehabt habe. In der Bekämpfung des Wuchers ist Baden als erster deutscher Staat vorgegangen. Der Salzpreis wird um 1 Pf. erhöht werden. Der Kartoffelüberschuß ist keineswegs überall demselben, wie bei uns. Alle überschüssigen Kartoffeln gehen nach Norddeutschland, wo Mangel besteht, oder an das Feldheer. Wegen Getreidehöchstpreise bestehen große Bedenken. In jenen Staaten, wo keine Höchstpreise eingeführt, hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Man wird eben den Preis selbst irgendwie regeln müssen. Der Preisstand ist ein so großer, wie nie im Frieden; bei der letzten Zahlung hatten wir 10.000 mehr als im Vorjahre. Bei der schlechten Döbereinte kann die Döbereinte die Wünsche der Bevölkerung nicht völlig erfüllen. Das Verlangen nach Bezugsgeldern für Frischobst kann nicht erfüllt werden; die Aufkäufer der Döbereinte würden dann nichts mehr erhalten. Für die Delgewinnung werden wir den Betrieb durch Wasserkraft betriebene Döbereinte gestatten. Die Genehmigungsfrist für Erntemittel oder Gegenstände des täglichen Bedarfs wurde zuerst in Baden eingeführt, ebenso ist in der Weizenfrage unser Staat vorbildlich vorgegangen. Die Lebensversicherung ist der Menge nach eine recht erzielbare; nur die Beschlaffenheit läßt zu wünschen übrig. Wir haben aber die Befugnisse die nötigen Schritte unternommen und bereits die Zufriedenheit erhalten, daß unsere Wünsche berücksichtigt werden. An der Zwangsversicherung muß wir festhalten, sonst können wir nicht durchkommen. (Beifall.)

Ein von Abgeordneten verschiedener Parteien eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit 29 gegen 9 Stimmen angenommen. Es wurde Johann beschloßen, nachmittags 3 Uhr weiter zu beraten; es werden nach der Berichterstatter und die Antragsteller sprechen. Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 21. Juni.

Δ Kriegsauszeichnungen: Das E. R. 2. Kl. erhielten: Must. Bernhard Zirk (Sohn d. Korv. A. Zirk), Telegraph. Erwin Hörle (Sohn des Art.-Dep.-Abt. Friedrich Hörle), und Kanonier Georg Deimel, sämtliche von Karlsruhe, Gefr. Gebhard Niede im Inf.-Regt. 111 (Sohn d. Veri.-Beamten Gebhard Niede) von Karlsruhe, Beierheim, Gren. Friedrich Dörfling im Gren. Regt. 110, Inf. der bad. Verd. Med. von Karlsruhe-Wiesburg und Kaufmann Carl Wagner, Inf. d. bad. Verd. Med., von Gochheim, Fabrikant Robert Schmidt (Sohn d. Prof. Schmidt in Ettlingen) vom E. R. 2. Kl. und die Inf. bad. Verd. Med.

† Todesfall. Der langjährige Vertreter und Produzent der hiesigen Großfirma Christian Riemp, Herr Otto Karle, ist gestern nachmittag, im Alter von 63 Jahren, unerwartet einem Herzschlag erlegen. Der Verlebte war nicht nur ein tüchtiger Kaufmann, der 36 Jahre lang seinem Geschäft, an dessen Emporblühen er kräftig mitwirkte, die treuesten Dienste leistete, sondern auch als Mensch ein überaus liebenswürdiger und geselliger Charakter. Er hatte sich schon ins Privatleben zurückgezogen, als der Krieg ausbrach, und ihn veranlaßte, sich seiner Firma wieder zur Verfügung zu stellen, die durch seinen Tod jetzt einen großen Verlust erleidet.

× Offiziersleiberte. Antisch wird mitgeteilt: Die Leibeslarten der Offiziere und der anderen Heeresangehörigen, die sich selbst mit Bekleidung versehen, haben für den Kauf von Weis, Woll- und Strickwaren aus dem Handel keine Gültigkeit. Gewerbetreibende sind hiernach nicht berechtigt, Kleiderartenabschnitte entgegenzunehmen, um z. B. Kopfbedeckung, Taschentücher, Handtücher, Strümpfe, Hemden und Unterhosen daraus zu verarbeißen. Nur Tuchwaren (einschl. Feldmägen) und Schuhzeug können Offiziere und sonstige Inhaber von Kleiderarten bei Schneidern, Mägenmachern und Schuhmachern bestellen. Diese fordern die Tuchwaren und das Schuhwerk aufgrund der ihnen von den Bestellern einzubehaltenden Kleiderartenabschnitte bei dem für ihren Wohnort zuständigen Befehlshaberamt an, entweder in fertigen Stücken, oder was die Regel bilden wird, in Stoffen oder Zuschnitten, um fertige Stücke abzuändern oder aus den Stoffen usw. Stücke nach Maß zu fertigen. Die Aenderung von Schuhwaren an Heeresangehörige, die keine Kleiderarten besitzen und hiesiger Kleidung tragen müssen, darf nur aufgrund eines Schußbedarfsbeschlusses erfolgen, über dessen Erteilung demnach besondere Bestimmungen durch die Reichsstelle für Schuhversorgung ergehen.

— 43. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-West). Zu der am 27. Juni stattfindenden Landtagswahl veranstaltet die sozialdem. Partei am Samstag, den 22. Juni, in Mühlburg, am Sonntag, den 23. Juni in Dorlarben und in Grünwinkel und am Montag in der Weisstadt öffentliche Veranstaltungen, in welchen der Kandidat Robert Weismann sprechen wird.

§ Unfall. Auf einem hiesigen Spielplatz hängte sich ein 6½ Jahre alter Knabe an eine in Bewegung befindliche Schaukel, wurde beim Zurückfahren der Schaukel am rechten Fuß erfaßt, zu Boden geworfen und erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Knabe wurde nach Anlegung eines Notverbandes mittels Krankenautos nach dem hiesigen Krankenhaus verbracht.

§ Zur Anzeige gelangte ein hier wohnhafter Aufseher, weil er in Kostalt heimlich ein Schwein schlachtete. Das aus der Schlachtung herrührende Fleisch wurde beschlagnahmt.

Sommertheater im Karlsruher Konzerthaus.

Karlsruhe, 21. Juni. Im Konzerthaus fand gestern Abend die Wiederholung von Leo Fall's Operette „Die Nixe von Stambul“ wieder ein zahlreiches, beifallsreiches Publikum. Die mit ihren reizvollen Orientalismen und anmutig-leichten Melodien durchwirkte Musik, dazu das heitere Libretto, das sich im Gegenlatz zu vielen anderen Operettenstoffen einseitig-logisch abwickelt und auch in seiner Scherzhaftigkeit eine fröhliche Methode erkennen läßt, zündete auch diesmal mit manchen seiner Schläger. Die vortreffliche Aufführung unter Regie von Otto Hans Norden, der als Friedrich Müller mit seiner unwillkürlichen Komik die berühmten „Seiterterschlümpfe“ entstellte und in Grete Bernards Midill Summe eine niedliche Palmerin hatte, dazu nicht minder der vor allem stimmlich prächtige Achmed Bey des Hrn. Schmerdt und die vorzüglich wirkende Komia Gail Geria Brees — um nur dieses Bierblatt unter den anderen zu nennen — raten das übrige, um alles in bester Stimmung zu versehen. Das Orchester unter Hrn. Kerner war flott und gefällig und die Ausstattung über den Rahmen des früher im Konzerthaus üblichen sehr geschmackvoll. So wird die „Nixe von Stambul“ wohl auch noch viele Besucher durch ihren Reiz erfreuen.

Misgeschickes.

Schweres Explosionsunglück in Berlin.

WTB. Berlin, 21. Juni. (Nicht amtlich.) Ein folgenschweres Explosionsunglück hat sich heute vormittag in den Geschäftsräumen der Biokop-Filmgesellschaft in der Unteren Friedrichstraße ereignet. Die in dem Raum beschäftigten 15 Personen sind sämtlich verbrannt, so daß über die nähere Entstehungsursache noch nichts festgestellt werden konnte. Ein Mann und zwei Frauen sprangen, mit schweren Brandwunden bedeckt, auf die Straße hinaus. Die Personen in den oberen Stockwerken mußten über Leitern in Sicherheit gebracht werden.

Außer den Toten sind etwa 8 Personen schwer verletzt. Die meisten konnten auf dem hinteren Ausgang das Freie erreichen. Die Opfer sind die Gefallen der Entzündung von losen mahligen Klümmen des niedrigen Holzes sind verblüht ausgebrannt.

